

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

261 (6.11.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch die Verlags-
anstalt bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 75 Pf., durch die Post
ohne Briefgebühr 2 Mark
50 Pf., Vorabbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren:
Die 12seitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., im Restamtheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 261. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 6. November

1896

Der getreue Eckart und seine Widersacher.

Daß wir im Kriege von 1870/71 unsere Sache mit den Franzosen ohne jede Störung durch fremde Einmischung zu Ende bringen konnten, war eine besondere Günstigkeit des Schicksals. Niemand ist uns in die Hände, niemand ist uns in den Rücken gefallen; rein wie ein Gottesurteil wurde der Kampf zwischen den beiden Gegnern ausgefochten. Zwar Oesterreich und Italien hatten bei Ausbruch des Krieges nicht übel Lust, den Franzosen zu helfen. Oesterreich besaß sogar schon den zwischen dem Erzherzog Albrecht und dem Kaiser Napoleon verabredeten Feldzugsplan. Italien wurde mündlich und schriftlich beauftragt, ein Bündnis abzuschließen und stand auf dem Punkte, es zu thun, weil der König Viktor Emanuel der Meinung war, die Dankbarkeit gegen Frankreich gebiete ihm die Heeresfolge. Daß von diesen beiden Seiten schließlich doch der Herausforderer seinem verdienten Schicksal überlassen wurde, verdankt wir unserer unvergleichlichen militärischen Organisation und Führung. Nachdem die ersten entscheidenden Schlagen gefallen waren, hatte niemand mehr Lust, sich auch noch solche zu holen. Nur England hat heimlich die Franzosen mit Geld und Waffen unterstützt, ohne dadurch unsern Sieg zu hindern.

Unser größtes Glück war aber, daß Rußland uns ein treuer Freund und unsern Rücken deckte. Wir konnten die russische Grenze völlig von Truppen entblößen und unsere gesamte Streitmacht dazu verwenden, um die Franzosen zu überwältigen. Diese Rückenbedeckung verdankt wir dem preußenfreundlichen Charakter des Zaren Alexander II. und der weitläufigen Politik Bismarcks, besonders seinem entgegenkommenden Verhalten in der Polenfrage, welches ihm von allen besserwollenden Abolaten in der preussischen Kammer so schwer verdacht worden war. Ein Glück, daß unsere auswärtige Politik nicht in solchen Händen lag!

Was Rußland in jenen Kriegsjahren für uns that, war viel mehr, als wir für Rußland in der Polenfrage thaten. Es gewann indes die Freiheit des Schwarzen Meeres durch die deutschen Siege. Den Uebertritt gabte Deutschland endlich zurück in dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78, wo unser großer Kaiser Wilhelm I. dem Zaren Alexander II. die Hand hielt, d. h. eine wohlwollende Neutralität beobachtete. Es stand in seiner Macht, durch eine bloße Truppenaufstellung an der russischen Grenze den Krieg auf der Balkanhalbinsel zum Stillstand zu bringen, wo die Russen in den mühseligen Schlachten bei Plevna vergeblich den Vormarsch zu erzwingen suchten. Der Brief Bismarcks an Kaiser Wilhelm I., durch dessen Veröffentlichung er seine sensationellen Enthüllungen einleitete, hat die Haltung Deutschlands und ihre Beweggründe mit meisterlicher Feinheit dargelegt. Wir ließen Rußland allein mit den Türken fertig werden, wie es uns mit den Franzosen hatte zu Ende kommen lassen. Von da an waren wir gut. Jeder entbehrte Rußland beim Friedensschluß von San Stefano jener weisen Maßregeln, welche unsere Staatsmänner beim Friedensschluß mit Frankreich benutzten hatten.

Auf dem europäischen Kongreß in Berlin, der 1878 den Russen einen Teil der Siegesbeute wieder aus dem Rachen nahm, operierte die russische Diplomatie sehr ungeschickt, und sie war kleinlich genug, zu ihrer Rechtfertigung die Schuld ihrer Mißerfolge auf den „erlichen Mäler“ zu schieben. Es trat eine Entfremdung ein, die sich nach dem Regierungsantritt des Zaren Alexander III. noch steigerte. Schon als Kronprinz war derselbe ein Gegner Deutschlands, und wenn er auch als Zar bald einsah, daß nichts so heilig gewesen, wie es gelobt wird, so blühte er doch mit Meid und Mißtrauen auf Deutschlands immer noch zunehmende Macht. Der Dreikaiserbund, der den 70er Jahren bis zum Orientkrieg seinen Stempel aufdrückte, war bereits in die Brüche gegangen, die Haltung Rußlands wurde zweideutig, die Truppenansammlung an unserer Grenze zuletzt bedrohlich.

Man mußte befürchten, daß ein ausbrechender französischer Revanchekrieg uns zwischen zwei Feuer bringen werde. Das war der Zeitpunkt, als Bismarck eines Tages nach Wien dampfte und das deutsch-österreichische Bündnis abschloß, dessen Sanctionierung er von Kaiser Wilhelm I. nur mit den größten Schwierigkeiten erlangen konnte; so sehr hing der Kaiser an der überlieferten deutsch-russischen Freundschaft. Der Sinn des Bündnisses ist der: Wird Deutschland von Frankreich angegriffen, so darf es wieder allein mit demselben kämpfen; fällt ihm Rußland in den Rücken, so muß Oesterreich mit seiner gesamten Kriegsmacht zu Gunsten Deutschlands einpringen. Als Gegenleistung konnte dargeboten werden, daß Oesterreich einem etwaigen Angriff Italiens allein begegnen darf, aber Deutschlands Hilfe erhält, sobald Rußland sich in den Streit einmischt. Also gleiches Recht für beide Teile und gleiche Vorteile, soweit die ähnlich gelagerten Verhältnisse dies zuließen. Später erweiterte sich das deutsch-österreichische Bündnis unter Bismarcks Vermittelung durch den Beitritt Italiens zu einem Dreibund.

Zu allen diesen Gestaltungen der europäischen Lage offenbarte sich die geniale Staatskunst Bismarcks immer wieder von neuem. Wohten die Verhältnisse, die Strebungen unter den Großmächten wechselten, wie sie wollten, immer mußte er Mittel und Wege zu finden, um sich ihnen anzupassen, ohne Deutschland etwas zu vergeben. Sein oberstes Ziel blieb die Sicherung des Friedens unter Wahrung der Interessen Deutschlands. Das deutsche Volk auf der Höhe seiner Macht zu erhalten, ihm den inneren Ausbau des Reiches, das Zusammenschmelzen der Bevölkerung zu einem untrennbaren Ganzen zu ermöglichen, Handel, Industrie und dadurch den Wohlstand aller Kreise zu vermehren, das waren die Zielpunkte, denen sein heißes, unermüdliches Streben galt, für die er sich Kraft und Ruh verjagte.

Der Dreikaiserbund, das deutsch-österreichische Bündnis, der Dreibund, alles dies waren Schöpfungen, die ihm als Mittel zum Zweck dienten. Der Dreibund, darüber war er sich gewiß von vornherein klar, erfüllte den Zweck seines Daseins am besten als Abschreckungsmittel. Niemand würde den Frieden brechen, so lange die drei mitteleuropäischen Staaten zusammenhielten. So war die Berechnung. Kam es trotzdem zum Kriege, so mußte man sich mit dem Umstand abfinden, daß Oesterreich und Italien finanziell nicht auf der Höhe seien, daß sie ungefähr ebenso viele Wochen zur Mobilmachung brauchen, wie wir Tage, und daß die Entscheidungsschlachten von uns allein zu schlagen waren. Bismarck selbst erstrebte aber so bestimmt die Erhaltung des Friedens, daß er den Dreibund als eine willkommene und einflussreiche Genüge betrachten durfte.

Es wird wenige Politiker geben, die nicht in den letzten Jahren der Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. den Eindruck hatten: Solange der Kaiser noch lebt, bleibt der Friede erhalten, aber wenn einmal er und sein Kanzler nicht mehr am Ruder sind, fallen Frankreich und Rußland über uns her. So hoch man auch Bismarcks Staatskunst anerkennen, sie war noch untergeordnet. Er

selbst erklärte 1888 im Reichstag: ein deutsch-russischer Krieg würde allerdings sofort die Franzosen gegen uns auf die Beine bringen, aber das umgekehrte sei nicht gewiß; ein französisch-deutscher Krieg ziehe den Angriff Rußlands nicht notwendig nach sich. Die meisten hielten dies für eine sogenannte captatio benevolentiae gegenüber dem Zaren, für nicht mehr. Aber die vorsichtigen Andeutungen Bismarcks beruhten auf ganz bestimmten Abmachungen, die verbrieft und versiegelt im Staatsarchiv lagen. Er, der als getreuer Eckart für das deutsche Volk sorgte, hatte das Unglaubliche vollbracht, einen geheimen Neutralitätsvertrag mit Rußland abzuschließen, der uns gegen einen Angriff der Franzosen ebenso freie Hand gewährte, wie 1870/71! Man bedenke: nach allem dem Vorgefallenen, nach dem Berliner Kongreß, nach der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages und mit dem ursprünglich deutsch-seinlichen Zaren Alexander III. war es Bismarck möglich gewesen, nicht etwa bloß mündliche Zusicherungen des Wohlwollens, die zu nichts verpflichteten, sondern einen schriftlichen Vertrag mit Rußland zu erlangen, der, von beiden Souveränen bestätigt, Rußlands Neutralität zu unsern Gunsten festsetzte, und als Gegenleistung uns keine Verpflichtung auferlegte, als die Neutralität im Falle eines Angriffs von dritter Seite auf Rußland. Das war ein Meisterstück der Diplomatie, welches keiner nachmachen wird. Die Franzosen waren dazu verdammt, ihre ohnmächtigen Revanchegedanken hinunterzuschlucken, Deutschland war Herr der europäischen Lage.

Durch den Vertrag mit Oesterreich war diesem Deutschland wohlwollende Neutralität zugesichert, wenn es von Rußland angegriffen wurde, und die gleiche wohlwollende Neutralität hatten nach ihrem Vertrag die Russen anzupreisen, wenn Oesterreich sie angriff. Deutschland mußte also in einem russisch-österreichischen Kriege beiden Teilen gleich wohlwollend gegenüberstehen, es durfte keinen auf Kosten des andern begünstigen. Diese vollkommenen Neutralität war in solchem Falle das einzig richtige für uns. Die Hauptsache war aber, daß es unter der Herrschaft dieser Verträge überhaupt nicht zu einem Kriege kommen konnte, daß also die für diesen Fall getroffenen Bestimmungen gar nicht in Kraft zu treten brauchten. Solange die Bündnisse nach beiden Seiten bestanden, war der Friede unbedingt gesichert: Deutschland hielt die Entscheidung in der Hand. Man muß sich diese Thatsache in ihrer vollen Tragweite vergegenwärtigen, um die Meisterhaftigkeit des getreuen Eckart und die Dankbarkeit, die das deutsche Volk ihm schuldet, bemessen zu können.

Die Günstigkeit der gegebenen Lage überdauerte den Tod des unvergleichlichen Kaisers Wilhelm I. Entgegen dem vielverbreiteten Aberglauben, daß nun das europäische Angelegenheit losbrechen werde, blieb der Friede erhalten. Jetzt wissen wir, warum. Dann kam die Entlassung Bismarcks, und wir können endlich verstehen, was das Wort bedeuten sollte: er verlange seine Entlassung nicht, weil er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen könne. An seiner Entlassung, das wußte er, hing die Nichterneuerung des russischen Vertrages, die für uns so verhängnisvoll werden sollte! Die Entlassung mußte ihm gegeben werden, und sie ward es. Was wir an ihm verloren, wie er für Deutschlands Frieden, für Deutschlands Machtstellung gewirkt hatte, das erkennen wir jetzt erst recht.

Neues zur Bismarck'schen Politik.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „N. Fr. Pr.“ höchst interessante und die Friedenspolitik Bismarcks heil beleuchtende Mitteilungen über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag.

Es wird ja gegen den Fürsten Bismarck immer wieder der Vorwurf erhoben, daß trotz allem und allem er es gewesen sei, der die russische Vermittlung gegen Deutschland veranlaßt habe, und zwar, indem er auf dem Berliner Kongresse zugegeben habe, daß Oesterreich die beiden türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina an sich brachte. „Rußland“, schrieb dieser Tage die „Berliner Volkszeitung“, „hatte trotz des ‚Befreiungskrieges‘ das Nachsehen, während Oesterreich ohne weiteres zwei Provinzen schloß. Washalb, warum? Bismarck war nicht in der Lage, seinem Gegner Gortschakow ausreichende Gründe für dieses Malergeschäft anzugeben.“ Hiegegen wird nun in der „N. Fr. Pr.“ angeführt:

„Es soll dem Berliner Blatte seine Unkenntnis über diplomatische Vorgänge der Vergangenheit nicht zum Vorwurf gemacht werden, aber so viel kann jedermann wissen, daß die Occupation Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich auf dem Reichstager, bezw. Dener oder Pester Abkommen beruhte, welches Rußland mit Oesterreich vor Beginn des türkischen Krieges geschlossen hatte und durch welches die Ueberlassung jener beiden Provinzen an Oesterreich-Ungarn als der Preis dafür festgesetzt wurde, daß Oesterreich-Ungarn bei dem russischen Kriege gegen die Türkei ruhig blieb. Diese Abmachung konnte selbstverständlich auf dem Berliner Kongresse nicht wieder aufgehoben werden, und es ist auch kein Versuch von russischer Seite nach dieser Richtung hin unternommen worden. Forderungen aber durchzusetzen, für die Rußland selbst nicht stehen zu wollen erklärte, war trotz aller seiner selbstfreundlichen Haltung nicht die Aufgabe des Fürsten Bismarck und lag auch nicht im Interesse Deutschlands.“

Wir kommen auf diese Vorgänge nicht zurück, um längst Bekanntes zu erweitern oder auch nur zu bestätigen, aber wir entnehmen den Freisprechungen, die sich an die Enthüllungen über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag geknüpft haben, die Ueberzeugung, daß es nach verschiedenen Seiten hin nützlich ist, die Geschichte und Vorgeschichte derartiger früherer Separat-Abkommen zwischen den drei Kaisern möglichst etwas mehr als bisher geklärt zu werden, und zwar zunächst die des Vertrages von Reichstadt. Nach Informationen, die wir erhalten haben und an deren Authentizität kein Zweifel zulässig ist, erfahren wir darüber das Folgende:

Ein hoher russischer Diplomat äußerte Mitte der Siebziger Jahre, etwa zu der Zeit der nach Paris gerichteten Gortschakow'schen Versicherung, „Maintenant la paix est assurée“, in einem Gespräch mit einem hohen deutschen Staatsmann: Rußland sei unruhig, es habe zwanzig Jahre Frieden gehabt, seine Armees verlaube Weichheit, das Bedürfnis nach Orden und Abwechslung erzeuge irgend welche kriegerische Unternehmungen. Diese für den Diplomaten einer Großmacht im höchsten Grade unflugen Eröffnungen fanden nichtsdestoweniger einige Zeit später überraschende Bestätigung von höchster russischer Seite. Fürst Bismarck erhielt nach Warszin ein eigenhändiges Schreiben des damaligen Zars aus der Krim, worin die direkte Anfrage gestellt war, ob

Deutschland ruhig bleiben würde, wenn Rußland Oesterreich in Galizien attackierte. Fürst Bismarck antwortete auf dieses Schreiben nicht, sondern schickte es dem Kaiser Wilhelm ein mit einem entsprechenden Begleitschreiben, in dem er seiner Auffassung deutschen und pflichtgemäßen Ausdruck gab. Inzwischen lief bereits eine zweite russische Anfrage ein, die durch den damaligen deutschen Botschafter übermittelt wurde. Dieser Umstand veranlaßte den Fürsten Bismarck, nochmals an Kaiser Wilhelm zu schreiben und ihn zu bitten, den Botschafter abzurufen, da derselbe offenbar zu friedensgefährlichen Combinationen mißbraucht werde. Der Erfolg dieser friedliebenden Haltung der deutschen Politik den russischen Zumutungen gegenüber bestand darin, daß der Angriff auf Oesterreich unterblieb. Da aber das russische Bedürfnis nach Krieg fortbestand, wendete man sich in Petersburg nunmehr an das bis dahin ohne sein Wissen als Kriegsgegner in's Auge gefaßte Oesterreich und schloß mit diesem den Vertrag, auf Grund dessen das durch Deutschland von Oesterreich abgekehrte russische Kriegswetter wieder östlich sich verzog und über der Türkei entlud. Rußland machte es bei dem damals mit Oesterreich geschlossenen Reichstädter Vertrage zur Bedingung, daß derselbe vor Deutschland geheimgehalten werde, Oesterreich hat ihn jedoch nach Berlin mitgeteilt, nachdem es zu seiner Kenntnis gelangt war, daß der früher geplante russische Einfall in Galizien durch die pflichtbewußte Treue verhindert war, die Deutschland den beiden befreundeten Kaiserreichen erwiesen hatte.“

Zum deutsch-russischen Neutralitätsvertrag teilt die „N. Fr. Pr.“ noch Folgendes mit:

„In Bezug auf die neulichen Mitteilungen von informierter Seite, mit denen wir die Angaben der „Hamburger Nachrichten“ über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag ergänzen konnten, erfahren wir noch, daß Fürst Bismarck, als Graf Schuvalow ihm die Bedenken seines Herrn mittelte, das Abkommen mit Deutschland unter einem andern Reichskanzler fortzusetzen, den russischen Botschafter gebeten hat, dahin zu wirken, daß der Vertrag auch mit seinem Nachfolger erneuert werde. Daraufhin schrieb Graf Schuvalow im Sinne des Fürsten Bismarck nach Petersburg, und das Ergebnis war die Bereitwilligkeits-Erklärung Rußlands, auch mit Caprioli abzuschließen, aus den neulich angelegenen Gründen. Wenn von deutscher Seite die Ablehnung des russischen Angebots stattfand, so wird man die Gründe derselben vielleicht weniger in dem eigenen Ermessen des Grafen Caprioli als in persönlichen Bestimmungen zu suchen haben, die sich der öffentlichen Diskussion entziehen.“

„Man verspricht sich in unterrichteten Kreisen von der Hamburg-Wiener Veröffentlichung Nutzen nach verschiedenen Richtungen hin. Zunächst kommt der Eindruck in Betracht, welchen die Publikation und ihre laute Besprechung in der europäischen Presse auf den Zar, der sehr viel liebt, machen muß. Neuliches bleibt bezüglich des deutschen Kaisers abzuwarten. Wir hören, daß der Eindruck auf beiden Seiten ein starker gewesen ist, stärker vielleicht noch, als hier in Oesterreich-Ungarn. Man nimmt an, daß die Einwirkung eine günstige sein und zur Wiederverannäherung der Kaiserreiche führen wird. Specially Oesterreich-Ungarn sei, im Gegensatz zu leidenschaftlichen Forderungen und Ausdrücken einzelner zumal ungarischer Politiker und Publizisten, stets maßvoll und konziliant in der Betretung seiner Dreibundansprüche gewesen und werde dies unter dem Eindrucke der europäischen Situation, wie sie jetzt bestehe, auch ferner bleiben. Oesterreich-Ungarn sei auch durch seine eigenen Interessen genötigt, den Dreibund in voller Stärke aufrecht zu erhalten, und zwar womöglich unter Rückversicherung mit Rußland, so daß nur England und Frankreich, welches letztere keinen Vertrag mit Rußland habe, „draußen ständen“. Denn wenn Deutschland in einem durch gegenseitige Haltung Oesterreichs ermöglichten Kriege in die Pfanne gehauen würde, so wäre die daraus folgende europäische Situation für Oesterreich die denkbar ungünstigste: auf der einen Seite stünde Frankreich, gestützt auf Italien, auf der andern Rußland, gestützt auf den Orient, Oesterreich aber ohne sicheren Rückhalt zwischen beiden.“

„Ueber den Eindruck, den die Enthüllungen aus Hamburg und Wien auf die Pariser Kreise gemacht haben, berichtet ein Pariser Brief einer politischen Persönlichkeit an eine hervorragende deutsche Stelle wie folgt: „Die Wirkung ist eine für die französischen Interessen entschieden ungünstige. Die Aeußerungen der Presse verraten dies allerdings nicht, wenigstens nicht auf den ersten Blick. Im Gegenteil, die meisten Blätter jubeln über den, wie sie sagen, ‚selbstmörderischen Streich‘, der Deutschland getroffen habe, und prophezeien den bevorstehenden Zusammenbruch des Dreibundes sowie andere für Frankreich angenehme Ereignisse. Aber es kommt nicht vom Herzen, am wenigsten derjenigen Gruppe von Zeitungen, die über die Auffassungen des Quai d'Orsay unterrichtet sind und bei denen der Eingeweichte zwischen den Zeilen wohl einen leisen Verdruß wahrzunehmen vermag. Dieser Verdruß aber ist, wie mir neulich Graf ... sagte, in den ministeriellen Kreisen nicht einmal sehr leise. Man ist dort zweifellos unangenehm von der Thatsache berührt, daß der Vertrag zwischen Rußland und Deutschland noch 1890 existierte. Es gab damals zwar noch keinerlei Abmachungen zwischen Paris und Petersburg, aber die Unterhandlungen, die bis dahin allerdings noch mehr von Mittelspersonen als amtlich geführt worden waren, hatten doch noch vor 1890 begonnen, und man glaubte in französischen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben, daß trotz aller Heftigkeit der russischen Staatsmänner Rußland für Frankreich optieren und dieses unterstützen würde, wenn es zum Kriege mit Deutschland kommen sollte. Sicher aber war man davon überzeugt, daß die russische ‚wohlwollende Neutralität‘ in einem solchen Kriege für Frankreich und nicht für Deutschland stattfinden würde. Man sagt sich freilich, daß Rußland damals noch viel weniger als heute zu irgend einer Leistung für Frankreich ‚verpflichtet‘ war, allein das hebt die deprimierende Empfindung nicht auf, daß Rußland ‚verstecktes Spiel‘ getrieben und sich an die Voraussetzungen, auf Grund welcher Frankreich sich ihm genähert hatte, nicht gehalten habe. Namentlich aber wirkt verblüffend, daß Rußland auch noch nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck bereit war, den deutsch-russischen Vertrag zu erneuern. Man glaubte französischerseits damals, also 1891, schon im Besitze einiger Zusicherungen zu sein, die einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag kaum zuließen. Man fühlt sich in Folge dessen auch jetzt mißtrauisch gegen Rußland gestimmt und verbirgt es kaum. Besonders pessimistische Beurteiler glauben nunmehr, daß

Rußland trotz aller schönen Worte des Zars Frankreich „aufzuziehen“ lassen würde, falls es zum Kriege mit Deutschland käme. Das Urteil des Grafen . . . geht auf Grund seiner hiesigen Beobachtungen dahin, daß die Enthüllungen der „Damb. Nachrichten“ dem russisch-französischen Einvernehmen ein Ferment zugeführt haben, dessen Wirkung sich einstweilen nicht mit Sicherheit abschätzen läßt, das aber jedenfalls nicht dazu beitragen werde, die russisch-französischen „Union“ zu stabilisieren.“

Vom Tage.

• Karlsruhe, 5. Novbr.

Als Grund der „Enthüllungen“
hatten bismarckfeindliche Zungen von Anfang an neben anderem verleichte Eitelkeit des Fürsten Bismarck bezeichnet. Neuestens wird nun, wie gestern schon kurz erwähnt, folgendes in den Blättern kolportiert: „Der Kaiser Nikolaus II. hatte die Absicht, während seines Aufenthaltes in Deutschland dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzufragen. Der junge Zar hege für den deutschen Staatsmann das Gefühl aufrichtiger Verehrung und Zuneigung; das Vorhaben seines Besuchs war kein Geheimnis. Der Besuch ist unterblieben auf eine Anregung, die von nicht niedriger Stelle kam; wenn der Zar auf die Erfüllung seines Vorhabens und Wunsch verzichtete, so könne es nur geschehen sein, weil ihm von höchster Regierungsstelle der Verzicht nahe gelegt wurde; wie wir zuverlässig erfahren, ist dies auch der Fall gewesen.“ Mit Wonne nahmen natürlich alle bismarckfeindlichen Blätter von dieser „zuverlässigen“ Nachricht Notiz; jetzt sah man doch deutlich, welche kleintliche Motive den alten Bismarck beherrschten! Weil man dem Zaren abredete, dem Fürsten einen Besuch zu machen, rächt er sich durch den Verrat von Staatsgeheimnissen! Erstreulicherweise kam der „Reichsanz.“ in seiner neuesten Nummer folgende Erklärung abgeben: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß weder an allerhöchster Stelle noch in amtlichen Kreisen von dieser Absicht des russischen Kaisers, den Fürsten Bismarck zu besuchen, etwas bekannt geworden ist; die vorstehenden Angaben über die Gründe, warum der Besuch unterblieben sei, beruhen daher auf Erfindung.“

Ein Gespräch mit dem Fürsten Bismarck.
Ein Mitarbeiter der „Leipz. Neuest. Nachr.“ will dieser Tage eine Persönlichkeit gesprochen haben, die kürzlich in Friedrichsruh war, und zwar gerade während der Zeit der Hamburger Enthüllungen. Nach den Schilderungen dieses Gewährsmanns ist das Besondere des Fürsten Bismarck jetzt besonders befriedigend, und der alte Kanzler fühlt sich sichtlich körperlich wie geistig vollkommen frisch und munter. Als das Gespräch bei Tisch auf das Tagesereignis, die Hamburger Enthüllungen und den Lärm kam, den die europäische Presse darüber erhoben hat, äußerte er lächelnd: „Ja, ich habe mir wohl gedacht, daß der Lärm, welchen die „Damb. Nachr.“ in den Entenpfuhl gemorren haben, ein lautes Gequack hervorbringen würde, aber daß der Lärm so arg werden würde, ist mir doch überraschend.“ Ein andermal unterbrach der Fürst seine Zeitungslektüre mit der Frage: „Was damit bewegt wird, möchten Sie die Blätter wissen?“ Daran schloß sich eine Bemerkung in dem Sinne, daß dies lediglich Sache derjenigen sei, welche die von Hamburg aus erfolgte Mitteilung über das deutsch-russische Abkommen für nötig gehalten hätten. Auf eine weitere Frage antwortete der Fürst: „Oh, da überschätzen Sie meine politische Leidenschaft. Ich habe ja auch ebenso wenig Verantwortlichkeit wie Einfluß, und ich erlebe auch schwerlich die Folge dessen, was jetzt geschieht und unterbleibt. Aber ich bedaure doch, daß, nachdem wir dreißig Jahre im Aufschwung gewesen sind, jetzt die Sache rückwärts geht. Ich erlebe ja das Ende nicht, aber für meine Söhne thut es mir leid. Nun, sie mögen sehen, wie sie fertig werden.“ Jemand wies auf die jetzigen und früheren Redebewegungen an die Friedrichsruher Adresse hin, daß dem Fürsten „der Prozeß gemacht werden müsse“. Dazu meinte der Fürst: „Ich schäme mich nicht, daß gar nichts dagegen, wenn sie mir einen dramatischen Abschluß gestalten wollen.“ Daraus wurde das Gespräch wieder auf das hohe Alter des Fürsten gelenkt und auf die Hoffnungen, die seine Feinde und Gegner daraus gründeten. Mit gutmütigen Lächeln äußerte der Fürst: „Gegen das Alter bin ich freilich machtlos; aber ich fühle mich doch nicht so hinfällig, wie die Herren glauben, daß ich bin. Es geht ja abwärts auf meinem Lebenswege, aber doch nur langsam.“ Die Rede kam dann auf die Angriffe, welche die „Königliche Zeitung“ verübt oder direkt gegen den Fürsten richtete, und ein Tischgenosse sprach den Wunsch aus, daß das Blatt einer gehässigen Zurechtweisung nicht entgegen möge. Der Fürst lehnte mit einer charakteristischen Handbewegung dies ab und meinte, der Artikel sei zu roh, er werde das Blatt überhaupt nicht mehr lesen. Bei dieser Gelegenheit wandte sich die Unterhaltung den Zeitungen und Publizisten überhaupt zu. Der Fürst teilte köstliche Beispiele seiner mehr als 50jährigen Erfahrungen mit der Presse mit. Unter anderem erzählte er, als von politischen Wetterskizzen in der Presse gesprochen wurde, aus seiner Erfahrungzeit, daß er damals eine sehr gewandte, aber auch sehr vielseitige Feder zur Verfügung gehabt habe. Der betreffende Publizist habe eine und dieselbe empfangene Mitteilung unter Umständen so verwertet, daß es in einem konservativen Blatte geheißen habe: „Mit hoher Befriedigung begrüßen wir die Absicht der Regierung“, in einem liberalen Organe aber: „Mit tiefster Verorjnung erfüllt uns die Absicht der Regierung u. s. w.“, während in einem demokratischen Blatte schließlich der Eingang gelautet habe: „Schamlos reizt die Regierung jetzt die Mäste herunter, mit der sie bisher heuchlerisch ihr Antlitz verpöhlte hatte.“

Die französische Orientpolitik.
Der französische Minister des Auswärtigen, Hanotaux, hat am Dienstag auf die Interpellation über die armenischen Greuel eine ausführliche Darlegung der Politik Frankreichs und, wie man nach dem Inhalt der Rede hinzufügen darf, der Mächte überhaupt, im Orient gegeben. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß Frankreich ohne Rußland nichts gegen die Türkei thun wird. Und daß Rußland, heute wenigstens, der „Freund“ der Türkei ist, weiß man. Wichtiger als die Bemerkung über das Handinhandgehen von Rußland und Frankreich, das sich ja voraussetzen ließ, ist die Erklärung des Ministers, daß England an ein isoliertes Vorgehen nicht mehr denkt, daß es schon Ende Oktober 1895 zu einem Einvernehmen zwischen den Mächten kam, freilich ohne daß es gelang, die Normen in Armenien durchzuführen und neue Verwirrungen hintanzubringen. Besonders hervorgehoben wurde von Hanotaux, daß die Gefahr an Mazedonien und Bulgariens Grenze durch eine glückliche Initiative Oesterreichs beschworen wurde und daß es gelang, für Kreta liberale Bedingungen zu erhalten. Die Quelle des Übels sei allerdings noch nicht entfernt. Am Schlusse seiner Rede sagte der Minister: „Die Mächte sind vor allem von der Notwendigkeit eines lokalen und festen Einvernehmens unter sich selbst überzeugt. Jede Idee einer isolierten Aktion erachten sie für ausgeschlossen. Jede Idee der Verträge hergestellte Situation herbeiführen dürfte. Nach den so fruchtbareren Resultaten des Besuchs des Zars in Paris kann man sagen, daß die Ansichten über jene Punkte, welche gerade das Parlament beschäftigten, in präzisierter und klarer Weise ausgetauscht wurden. Das geeinigte Europa wird dem Sultan verständlich zu machen wissen, daß er sich behaupten möge vor unheilvollen Einflüssen. Frankreich wird dem Sultan die Quelle des Übels zeigen, die in der schlechten politischen, finanziellen und administrativen Führung des Staates

liegt. Es wird für die Herstellung einer gewissen Ordnung sein, ohne welche die Staaten nicht bestehen können, und wird vom Sultan die Erfüllung seiner Versprechungen fordern. Das Werk ist mühsam, und Hestigkeit kann es nicht unterlassen. Europa will nicht, daß es durch neue Ueberraschungen abgelenkt werde von seiner Aufgabe, und daß sein guter Wille entmutigt werde. Frankreich, treu seinen Traditionen, wünscht die Verbesserung der Lage der Orientländer, es vergißt nicht die Pflichten des religiösen Protektors, welches es ausübt, ebenso wie es Verbindungen aufrechterhält, welche es mit dem ottomanischen Reiche verknüpfen, Verbindungen, welche uns die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei wünschen lassen.“

Mac Kinley.

Der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten stammt aus einer im Jahre 1755 in Pennsylvania eingewanderten Familie schottisch-irischer Abkunft. William Mac Kinley ist das 7. von 9 Kindern eines Entes des Eingewanderten. Er ist am 29. Januar 1843 zu Niles in Exomull County, Ohio, geboren, besuchte in Poland die Schule und war dort während der Ferien als Clerk im Postamt thätig. Später besuchte er die Akademie in Poland und war hierauf eine kurze Zeit lang als Lehrer thätig. Er warf sich dann dem Rechtsstudium in die Arme. Als der Bürgerkrieg ausbrach, trat Mac Kinley in die Armee ein und brachte es bis zum Major. Nach dem Kriege nahm er sein Rechtsstudium wieder auf und ließ sich nach Beendigung desselben in Albany, New-York, im Kantone Ohio, als Advokat nieder. Er stürzte sich sofort in die Politik. Vom 4. März 1876 bis zum 4. März 1890 war Mac Kinley ununterbrochen Mitglied des Kongresses in Washington. Als Vorsitzender des Finanzanschlusses kam Mac Kinley's Name mit dem neuen Schutzzolltarif des Jahres 1890 in engste Verbindung. Er konnte und durchgeführte haben ihn, wie die „Frankf. Ztg.“ hervorhebt, andere, aber als Vorsitzender des Finanzanschlusses hatte Mac Kinley Bericht zu erstatten, und man sprach deshalb von dem neuen Tarif nur als von der Mac Kinley-Acte. In Wirklichkeit verhandelt es also Mac Kinley einem Zufall, daß sein Name sehr bekannt wurde. Seine Kenntnis der Tariffragen war nur eine oberflächliche. Die Vertreter der Fabrikanten und Körperschaften belagerten förmlich das Kommissionszimmer, schrieben die Paragraphen der neuen Tarifbill, wie sie es wünschten, nieder und Mac Kinley nahm dieselben an, weil er der Ansicht war, daß die Fabrikanten am besten wüßten, was ihnen nütze. Weil Mac Kinley als die Verkörperung des Hochschutzzoll angeesehen wurde, richteten die Demokraten ihre Angriffe besonders gegen ihn, und als es ihnen 1890 gelang, Mac Kinley in seinem Wahlbezirk mit 363 Stimmen zu schlagen, glaubten sie und mit ihnen viele Politiker in Europa, daß nun das Ende seiner politischen Laufbahn gekommen sei. Wie sehr sie sich täuschten, zeigt der Wahlausfall vom 8. November.

Die Kommentare der amerikanischen Presse zu dem Ergebnis der Wahlen laufen darauf hinaus, daß es sich nicht um einen Sieg der republikanischen Partei, sondern um einen Sieg der patriotischen Bürger einer großen Republik handle, daß jetzt die Prosperität des Landes gesichert sei, sofern Mac Kinley mit dem ihm ergebenden Kongreß nicht einen neuen Tarif schaffe, oder das Land in auswärtige Abenteuer stürze. Der „New-York Herald“ sagt: „Diejenigen, welche die Fäden der Regierung ergreifen wollten, um neue Theorien zu erproben und diejenigen, welche den Kredit der amerikanischen Nation zu untergraben wünschten und aufrührerische Ideen in ihrem Parteiprogramm zum Ausdruck brachten, sind vollständig unschädlich gemacht. Mac Kinley soll nicht vergessen, daß er Präsident der ganzen Nation ist und daher seine Lieblings-theorien nicht in den Vordergrund stellen darf.“ Die „Welt“ meint, daß seit dem Bürgerkriege die patriotischen Bürger nicht einen solchen Sieg ersehnen hätten. Ein Krieg habe die Integrität der Nation und Bryan die Ehre derselben bedroht. Mac Kinley's Sieg bedeute Frieden und Prosperität. Die „New-Yorker Staatszeitung“ bemerkt, das Wort der größeren Städte zeige, daß die Behauptung, die Arbeiter seien für Bryan, unbegründet gewesen sei; Mac Kinley's Sieg b. d. e. den Todesstoß für den Silberwahn.

W New-York, 4. Nov. Bemerkenswerte Szenen von Begeisterung haben sich in aller großen Städten beim Eingang der Wahlresultate abgespielt. Jubelnde, singende Aufzüge veranstaltende Menschenmassen füllten die Straßen in New-York und anderen Städten. Die große Mehrheit in Illinois, Indiana, Iowa, Michigan, Minnesota und Wisconsin, wo die Anhänger Bryans große Anstrengungen gemacht hatten, bereitete den republikanischen Führern eine große Begrüßung. Viele Städte, in denen kein Wahlkampf stattgefunden, weisen eine bemerkenswerte Abnahme der demokratischen Stimmen auf.

W New-York, 5. Nov. Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ ist die Silbertheorie in den eigentlichen Winautaten sehr groß, während das demokratische Votum im Süden Abnahme zeigt. Es scheint, daß Mac Kinley mindestens 1 000 000 Stimmen mehr erhalten hat als Bryan. Eine solche Mehrheit ist seit dem Bürgerkriege nicht mehr dagewesen. Maryland, das stets nur Demokraten zum Kongreß geschickt hatte, wählte 3 Republikaner.

W Paris, 5. Nov. Die Blätter drücken meist ihre Genugthuung über den Sieg Mac Kinley's aus. „Temps“ und „Liberte“ sind überzeugt, daß trotz der Wahl Mac Kinley's die Niederlage zu dem früheren Ultraprotektionismus nicht zu befürchten sei.

Deutsches Reich.

• Berlin, 4. Nov. Der „Nationalztg.“ wird bestätigt, daß im preussischen Landtage eine Ermäßigung der Eisenbahngütertarife bei Verlegung des Etats vorgeschlagen werden wird und zwar im Betrage von 15 Millionen Mark; auch in diesem Jahre erfolgt eine besondere Vorlage über die Erweiterung des Eisenbahnetzes und Vermehrung der Betriebsmittel. — Wie daselbe Blatt vernimmt, erfolgt die endgültige Beschlussfassung über die bevorstehenden Gehalts erhöhungen in der demnächst stattfindenden Sitzung des Staatsministeriums. Die Erhöhung des Anfangsgehalts der Richter wird von 2400 M. auf 3000 M. erfolgen. Die Zweifel der Presse an der Gehaltssteigerung der Lehrer an höheren Schulen seien grundlos; die Erhöhung der Gehälter der Universitätsprofessoren findet gleichfalls statt, ebenso ist auch eine Milderung der Ungleichheiten bezüglich der Kollegienelder beabsichtigt. Mit dem Vorschlage für die Gehaltssteigerung wird der Gehaltentwurf behufs Erhöhung der Witwen- und Waisenspensionen eingebracht. — Das Gehalt der Premierlieutenants soll auf 1800 M., das der Hauptleute auf 3600 M. gebracht werden.

• Berlin, 4. Nov. In dem Prozeß des Pfarrers Witte gegen Poppewider a. D. Stöder ist auf Antrag Witte's der Termin vom 20. auf den 12. November zurückverlegt worden.

• Groß-Strehlitz, 4. Nov. Der Kaiser ist heute früh gegen 9 Uhr eingetroffen und von der Bevölkerung jubelnd begrüßt worden. Nach huldvoller Begrüßung der am Bahnhof zur Begrüßung anwesenden Herrn fuhr der Kaiser unter begeisterten Andeutungen der Bevölkerung nach dem Jagrevier. Krügervereine bildeten am Bahnhofe Spalier. Abends war der Ort festlich erleuchtet.

Ausland.

• Wien, 4. Nov. Heute Abend um 6 Uhr fand im Schlosse

Schönbrunn ein Galadiner zu 216 Gedecken statt. Kaiser Franz Josef saß in der Mitte der Tafel zwischen der Königin Amalia von Portugal und der Gräfin von Paris; dem Kaiser gegenüber saß das Brautpaar. An der Tafel nahmen ferner teil: die Erzherzöge und Erzherzoginnen, die Herzöge von Comaucht und Kofza, die übrigen zu den Vermählungsfeierlichkeiten erschienenen fremden Fürstlichkeiten, die geladenen französischen Aristokraten, die Minister, der italienische und spanische Botschafter in Wien, der englische Geschäftsträger und die Gesandten von Bayern und Portugal.

• Paris, 4. Nov. Wie mehrere Blätter melden, erklärte Jean Arton einem Berichterstatter gegenüber, ihr Gatte sei fest entschlossen, in der Panama-Angelegenheit Enthüllungen zu machen. Er habe lange gedögert, seine ehemaligen Freunde bloßzustellen, sei aber jetzt zum äußersten getrieben. Er wolle nicht der Sündenbock sein. — In juristischen Kreisen wird bezweifelt, daß England die Ermächtigung erteilen werde, daß Arton wegen der Panama-Angelegenheit verfolgt werde.

• Konstantinopel, 4. Nov. Einer offiziellen Kundmachung zufolge werden in allen Handelsklassen aus Notabeln bestehende Kommissionen gebildet, welche auf 5, 10, 30, 40, 50 und 100 Pfister lautende Billets ausgeben, deren Ertrag zur Kompletierung der Waffen und Uniformen, sowie anderer Ausrüstungsbedürfnisse der Redjispots bestimmt ist. Diese Kommissionen unterstehen der in Konstantinopel unter Vorsitz des Bantenninisters Mahmed Djemal Selim eingefesteten Hauptkommission. Verhandlungen werden angenommen. Der 2000 Pfister und mehr betragende, erhält eine auf seinen Namen lautende Medaille. Nichtmühsamgedaner können freiwillig an der Subskription teilnehmen. Es verlanet, der Sultan habe 2000 Gewichte neuen Systems angeliefert und beschloffen, weitere 10 000 zu kaufen, sowie den Bedarf der militärischen Establishments zu komplettieren.

Baden und Nachbarländer.

• Karlsruhe, 5. Nov. Aus Freiburg erhalten wir von zuverlässiger Hand folgende Zuschrift, mit deren Veröffentlichung wir dem Empfinden des ganzen badischen Volkes zu entsprechen glauben: „In letzter Zeit ist mit immer größerer Bestimmtheit die Nachricht aufgetaucht, daß unser Erbgroßherzog nach Berlin oder Stettin zur Uebnahme eines Korpskommandos berufen würde. Wie wir aus zuverlässiger Quelle mitteilen können, wird dies in der That in sehr naher Zeit geschehen. Denn die Rede ist an ihm, er steht zum Kommandierenden heran. Sind schon die früheren Gerüchte von dem badischen Volke mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden, so kann man sich nicht behaupten, daß eine Verlegung gerade zur Zeit das größte Bedauern hervorgerufen würde. Die freundschaftlich-gemüthvolle Art des badischen Fürstensohnes, von dem man weiß, daß er sich allen Aufgaben mit der größten Pflichttreue und erster tiefenbringender Arbeit unterzieht, daß er ebenso unverrücklich an dem Reichsgedanken wie an der Liebe zum schönen Heimatlände festhält, hat nun einmal die Herzen aller Badener gewonnen, die ihn mit warmem Blick als einen der Ihrigen betrachten. Und gerade jetzt, wo der Großherzog krank darniederliegt, wird, auch wenn er sich hoffentlich recht bald und vollständig wieder erholt, dem Vater des Landes die Stütze des Sohnes nicht unwillkommen sein und mehr als früher schon wird der Erbgroßherzog bewundern, an Stelle des Vaters zu erscheinen. So tritt dieser besondere Umstand dem schon lange im Stillen begehrten Wunsche des badischen Volkes ergänzend zur Seite, es möge eine für das heimische Empfinden günstige Entscheidung der Sache eintreten.“

• Karlsruhe, 3. Nov. Die Berliner „Nat.-Ztg.“ meldet, der bad. Gesandte am Berliner Hof, Hr. v. Jagemann, wolle zur Zeit in Rom, um im Namen der bad. Regierung mit dem Papst über die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls in Freiburg zu verhandeln, und sei bereits im Vatikan empfangen worden. Wie die „Allg. Ztg.“ erzählt, ist diese Nachricht zutreffend.

• Karlsruhe, 5. Nov. Nicht uninteressant ist es, daß aus Anlaß des Todes des Erzbischofs Noos wieder einmal eine aus der Zeit des sog. Kulturkampfes stammende Gesetzesvorchrift zur Anwendung gelangte, deren Aufhebung noch auf dem letzten Landtag seitens der Centrumsparthei dringend gefordert wurde, nämlich die Bestimmung, daß auch das Amt des Kapitularvikars ein Kirchenamt im Sinne des § 9 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 über die Stellung der Kirchen im Staate ist und deshalb nicht an Solche vergeben werden kann, welche von der Staatsregierung als ihr in kirchlicher oder politischer Beziehung mißfällig erklärt werden. Die Wahl des Kapitularvikars erfolgte bekanntlich, so schreibt man der „Allg. Ztg.“, schon am dritten Tage nach dem Tode des Erzbischofs; das Ergebnis der Wahl wurde öffentlich bekannt gegeben und der Gewählte übte seitdem das in Rede stehende Kirchenamt aus. Man wird hieraus, ohne einen Widerspruch befürchten zu müssen, schließen dürfen, daß ungeachtet der überaus kurzen Frist zwischen der Erhebung des erzbischöflichen Stuhls und der Wahl des Kapitularvikars vor der Vornahme der letzteren eine Entscheidung der Regierung über die Persönlichkeit des zu wählenden Kapitularvikars erfolgt ist. Man wird aber weiter aus diesem glatten Verlauf der Wahl des Kapitularvikars schließen müssen, daß die in Rede stehenden Bestimmungen des Kirchengesetzes mit dem Interesse der Kirche keineswegs im Widerspruch stehen. Wenn gleichwohl, wie erwähnt, auf dem letzten Landtage die Aufhebung dieser Vorchrift vom Centrum wieder beantragt wurde, so wird man in diesem Verlangen lediglich eine der Stappen erblicken müssen, welche die heutigen Centrumsführer aus Klugheitsrücksichten in ihrem Kampfe um die Herrschaft der Kirche über den Staat für notwendig halten.

• Karlsruhe, 4. Nov. Durch die Blätter ging die Mitteilung, daß der Abg. Wittmer in Eppingen an den Folgen einer beim Rufen erhaltenen Verwundung und Blutvergiftung verstorben sei. Von bestunterrichteter Seite werden wir berichtet, daß diese Nachricht, welche in den Kreisen aller Pfarrer und Rasterwerdenden große Beunruhigung hervorgerufen hat, eine irtümliche ist. Herr Wittmer trug einen Vollbart und ließ sich überhaupt nicht rasieren. Er starb an einer alten Nierenentzündung, welche allerdings mit einer Blutvergiftung im Zusammenhang stand, die von einer kleinen Wunde an der Strammung und sich rasch über den ganzen Körper verbreitete, dazu trat im letzten Stadium noch Gelbsucht.

• Rastatt, 4. Nov. Das Hotel Prinz Karl in Labin gen ging samt Inventar auf die Summe von 95 000 M. an Gastwirt Kahmer in Rastatt über.

• Kehl, 3. Nov. Seitens der Straßburger Sozialdemokraten war, wie erinnerlich, auf Sonntag, 4. Oktober, eine Volksversammlung unter freiem Himmel in dem Dorf Neumühl bei Kehl angetündigt, bei der Bebel sprechen sollte. Durch das Bezirksamt Kehl wurde jedoch die Abhaltung der Volksversammlung verboten und ein trotzdem an dem gleichen Ort veranstaltetes „Volksfest“ verhindert. Die gegen dieses Verbot erhobene Beschwerde wurde, wie die „A. Z.“ hört, vom Ministerium des Innern abgewiesen, da im Hinblick auf den Verlauf derartiger Versammlungen in früheren Jahren, die zu erwartende Zahl der hauptsächlich aus dem Elfaß kommenden Teilnehmer und bei dem Umstand, daß die Abhaltung solcher Versammlungen von Angehörigen des Reichslands in Elfaß-Vollbringen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht zugelassen wird, die gesetzlichen Voraussetzungen zum Verbot der Versammlung vorgelegen hätten.

• Waldshut, 3. Nov. Bahnarbeiter Eduard Boll geriet gestern zwischen die Räder, welche ihn dem Verluft einbrückten.

